

Ä1 Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung

Antragsteller*in: KV Jena

Begründung

Warum sollte die Besondere Leistungsfeststellung abgeschafft werden? - Vereinheitlichung der Abschlüsse mit anderen Bundesländern

- keinen Alleinweg von Thüringen und Sachsen
- in anderen Bundesländern ist das Versetzungszeugnis ausreichend, um von der 10. in die 11. Klasse versetzt zu werden und die „Mittlere Reife“ zu erhalten
- Thüringen kann sich daran orientieren → würde zur Vereinheitlichung des Bildungssystem bundesweit beitragen
- Versetzung per Versetzungszeugnis würde Schüler:innen viel Stress, Panik und Verzweiflung ersparen, was zudem ihrer psychischen Gesundheit zugute kommt sowie dem eigentlichen Grund für die Einführung der BLF nachkommt: Den Schüler:innen einen festen Abschluss als Sicherheit zu geben, falls das Abitur scheitert
- Beim Nicht-Bestehen der BLF wird das Schuljahr wiederholt → kann zu negativen Auswirkungen auf Psyche, Motivation führen

Ä2 Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung

Antragsteller*in: KV Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu C10

Von Zeile 1 bis 3:

Wir fordern die Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung (BLF) in Thüringen. **Als**
Realabschluss Für an Gymnasien erworbene Realschulabschlüsse soll in Zukunft das Versetzungszeugnis
der 10. Klasse nach Vorbild anderer Bundesländer ausreichen.

Begründung

Lediglich Klarstellung/Präzisierung

Ä1 Thüringer Schulcloud verbessern

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu C11NEU

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

die Umstrukturierung der TSC zu einer intuitiv nutzbaren und einfacheren Website soll angestrebt werden.

Hierzu fordern wir ebenfalls die Einstellung und/oder (Fort-)Schulung einer ausgewiesenen Person an jeder Schule, um den Umgang mit der Schulcloud im Betrieb und Wartung der Inhalte zu sichern und ggfs bei Problemen eine schnelle, kompetente Ansprechperson zur Verfügung zu stellen.

Ä1 Einführung eines Ausbildungstickets

Antragsteller*in: Jusos Gera

Änderungsantrag zu C12

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:

sind diese Zugänge für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben essentiell. Wir fordern daher, dass allen Schüler:innen, Auszubildenden, Freiwilligen und Studierenden in Thüringen der kostenfreie Zugang zu Mobilität und Kultur ermöglicht wird.

Ä1 Bildung für dieses Jahrhundert – Tablets an Schulen

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu C17

Von Zeile 16 bis 19:

können Erziehungsberechtigte nicht eigenständig Tablets erwerben, dies geschieht im ~~Klassenstufenverbund. Die Tablets sind beim Freistaat Thüringen versichert. Die Finanzierung dieser soll einkommensabhängig von Erziehungsberechtigten geschehen.~~ Schulverbund . Die Tablets sind beim Freistaat Thüringen versichert.

Ä2 Bildung für dieses Jahrhundert – Tablets an Schulen

Antragsteller*in: Jusos Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu C17

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Die Finanzierung dieser soll einkommensabhängig von Erziehungsberechtigten geschehen.

Die Konfiguration und Administration sollte nicht ehrenamtlich von den Lehrer:innen gestemmt werden müssen.

Ä1 Mehr Demokratie-Werte an Schulen

Antragsteller*in: Jusos Südthüringen

Änderungsantrag zu D2NEU

Von Zeile 4 bis 8:

Anfänge, die Verbrechen und die Folgen des Nationalsozialismus zu lernen und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. ~~Daran anknüpfend sollen die Schüler:innen zum anderen verpflichtend an einer Exkursion zu einer KZ-Gedenkstätte teilnehmen, um sich anhand realer Orte die Ausmaße der Grausamkeiten zu vergegenwärtigen und an die Lehren aus dieser Zeit zu erinnern.~~ Daran anknüpfend soll allen Schüler:innen der Besuch einer KZ-Gedenkstätte im Rahmen des Schulunterrichts ermöglicht werden. Dazu sind die Kosten ohne Eigenanteil vom Land zu tragen.

Begründung

Der Besuch einer Gedenkstätte garantiert leider nicht, dass die Grausamkeiten des Nationalsozialismus für die Schüler:innen greifbar werden und die beabsichtigten Schlüsse gezogen werden. Es muss auch zukünftig gewährleistet sein, dass die Entscheidung für einen Gedenkstättenbesuch von der jeweiligen Lehrkraft getroffen wird, um diese nicht zum Pflichtprogramm, sondern zur sinnvollen Ergänzung eines an die jeweilige Klasse angepassten Unterrichtskonzepts zu machen. Dazu müssen finanzielle Hemmnisse vollständig beseitigt werden, indem die Kosten für eine Gedenkstättenfahrt (Anreise, Kosten für Führungen, Ausleihe von Multimedia-Guides etc.) vollständig vom Land übernommen werden.

Ä2 Mehr Demokratie-Werte an Schulen

Antragsteller*in: Jusos Südthüringen

Änderungsantrag zu D2NEU

Nach Zeile 15 einfügen:

Demokratie darf kein theoretischer Begriff im Sozialkundeunterricht bleiben, sondern muss an den Schulen auch praktisch umgesetzt werden. Die in §28 des Thüringer Schulgesetzes garantierte Mitwirkung der Schüler:innen muss in Form von Klassenrat und Schüler:innenversammlung einen festen Platz im Schulalltag bekommen, um demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar zu machen.

Begründung

Es bringt wenig im Sozialkundeunterricht etwas über Demokratie oder den Umgang mit Rassismus zu lernen, wenn das Thema nach der Klassenarbeit wieder vergessen wird. Selbst bei Projekten bleibt langfristig wenig hängen. Demokratische Werte kann nur durch das Leben selbiger gefördert werden: Entscheidungen im Klassenrat treffen; Sexismus thematisieren und gemeinsam bekämpfen; zusammen Strategien gegen Mobbing entwickeln. Dazu bietet das Schulgesetz bereits einen Rahmen, der in den Schulen jedoch kaum genutzt wird.

Ä1 Feministisches Schutzkonzept

Antragsteller*in: KV Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu F2

Von Zeile 12 bis 13:

Des Weiteren **müssen**sollen die Veranstaltenden eine Räumlichkeit auswählen, die als Rückzugsort im Falle eines Übergriffs oder einer Belästigung genutzt werden

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Mitarbeitende des Servicepersonals und den Veranstaltenden im Umgang mit sexueller Belästigung und Übergriffen enthalten. Es ist mindestens eine hauptverantwortliche Person zu benennen und zu schulen.

Begründung

Die Regelung sollte nicht zu streng formuliert werden, da es Räumlichkeiten und Veranstaltungen gibt, bei denen es nicht (einfach) möglich ist dies umzusetzen. Daher ist das "soll" besser, da dies einen Zwang schafft, sofern die Möglichkeiten es zulassen.

Neben der Schulung des Personals sollte es auch "Hauptverantwortliche" geben. Nicht alle Mitarbeitenden sind oder können im gewünschten vollen Umfang geschult werden, auch weil nicht alle gleich viel Publikumskontakt haben. Die Hauptverantwortlichen können somit Hilfestellungen bieten.

Ä1 FINTA* Plenum

Antragsteller*in: KV Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu F4

Von Zeile 2 bis 5:

1. in der Vorbereitung und Planung einer LaKo ~~mindestens 90 Minuten für~~ eine angemessene Zeitspanne für ein Finta* Plenum vorgesehen werden ~~müssen~~muss.
2. das planende Gremium ~~soll~~ sich dafür einsetzen soll, dass die vorgesehene Zeit dafür genutzt wird.

Begründung

Wir begrüßen, dass es als regulärer Punkt auf die Tagesordnung kommt (wie ja dieses Jahr auch vorgesehen). Lassen wir aber den Freiraum, dies auch in künftigen Jahren am Bedarf auszurichten. Schreiben wir das nicht auf Jahre mit starren Zeitangaben fest.

Ä3 Grundsätzlich queer-feministisch!

Antragsteller*in: Jusos Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu F5

Von Zeile 10 bis 13:

- ~~Zusätzlich führen wir Jusos Thüringen eine Quote ein, die besagt, dass alle männlich gelesenen Teilnehmenden der Jusos Thüringen an allen Veranstaltungen der Jusos und der SPD mindestens einen feministischen Workshop belegen müssen.~~
- Alle Mitglieder der Jusos Thüringen (insbesondere die männlich gelesenen), sollen an mindestens einem Queer-Feministischen Workshop teilnehmen

Begründung

Dieser ÄA ist als Kompromissvorschlag zu ÄA1 zu verstehen. Dieser Vorschlag versucht die organisatorischen Hürden, für die Organisator:innen, immer einen Queer-Feministischen Workshop anzubieten reduzieren. Gleichzeitig soll niemand (wiederholt) an Workshops teilnehmen müssen, welche parallel zu Workshops liegen die näher an den eigenen Interessenschwerpunkten liegt. Unbenommen davon sehen wir es auch als sehr notwendig an Queer-feministische Bildungsinhalte in der Breite bei allen Jusos ankommen. Insbesondere (aber nicht nur) Neumitglieder haben häufiger mit diesen Inhalten vor ihrer Jusos-Mitgliedschaft keine Berührungspunkte mit den Themen. Somit kann dafür gesorgt werden, dass im Sinne des Originalen Antrages, Diskussionen, Selbstbezeichnungen und Umgangsformen, nicht immer wieder zur Disposition gestellt werden bzw. von vorne erklärt werden müssen.

Ä2 Unisextoiletten – Für mehr Gerechtigkeit auf dem stillen Örtchen.

Antragsteller*in: KV Nordhausen

Änderungsantrag zu F6

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Wir fordern, in der Thüringer Bauordnung und allgemeine in der zukünftigen Stadtplanung festzuschreiben, dass in künftigen Neubauten und Renovierungen, mit **mehr öffentlich zugänglichen Toiletten, der Großteil dieser Unisex sein müssen. Sanitärräume für mehrere Personen sind so zu**

Ä1 Prüfung eines Capita-Systems in der Gesundheitsversorgung

Antragsteller*in: Jusos Gera

Titel

Ändern in:

Prüfung eines Capita-Systems in der Gesundheitsversorgung

Änderungsantrag zu G3

Von Zeile 1 bis 2:

Die Jusos ~~Jena~~ Thüringen fordern, dass geprüft werden soll, ob das derzeitige Fallpauschalen-System zur Bezahlung von Beschäftigten in der Krankenversorgung

Ä1 9-€-Ticket als Schwung für die Verkehrswende nutzen: Nahverkehr fahrscheinlos gestalten, Klimaticket im Fernverkehr einführen und Ausbau- und Flexibilisierungsoffensive für den Öffentlichen Verkehr starten

Antragsteller*in: Jusos Jena

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 16 bis 19 löschen:

~~Gleichzeitig werden alle anderen Tarifoptionen beendet, ein bundesweiter Verkehrsverbund gebildet und ein integrierter Taktfahrplan eingeführt. Mit einem einheitlichen analogen und digitalen Informationsangebot gehören Verbünderchaos und Tarifunsicherheit der Vergangenheit an.~~

Ä1 Verkehrspolitik - mehr ÖPNV auf dem Land!

Antragsteller*in: Jusos Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu V3NEU

Von Zeile 19 bis 22:

2. wir wollen vielmehr eine Erhöhung des Angebotes durch Leistungen und Infrastruktur erreichen. Wir sind für einen konsequenten Ausbau der Eisenbahninfrastruktur. Inaktive/zurückgebaute BahnstreckenAnlagen wollen wir konsequentbedarfsgerecht reaktivieren, in defizitären Lagen auch mit Unterstützung des Bundeshaushalts.

Begründung

Der Begriff „Eisenbahninfrastruktur“ umfasst nicht nur reine Schienenwege, sondern auch sonstige Bahnanlagen, wie Gebäude, Betriebsleit- und Sicherheitssysteme usw. Weiterhin ist eine Reaktivierung nur dann sinnvoll, wenn der jeweilige Bedarf besteht.